

Wil West: Der Grundstein ist gelegt

Der Thurgauer Grosse Rat sagt Ja zur geplanten Strassenverbindung mit Rad- und Gehwegen, übt aber auch Kritik.

Hans Suter

«Ich bin kein Fan vom Begriff Leuchtturm. Das Projekt Wil West hat diese Bezeichnung aber verdient», sagte die Thurgauer Baudirektorin Carmen Haag zum Schluss der Debatte. Dabei ging es um die Aufnahme einer neuen, 550 Meter langen Strassenverbindung und neuer Rad- und Gehwegverbindungen von 2300 Metern Länge in jenem Entwicklungsgebiet in den Gemeinden Münchwilen und Sirmach. Regierungsrätin Carmen Haag gab sich überzeugt, dass Wil West äusserst attraktiv sein werde. «Es braucht viel Mut, ein so grosses Projekt voranzutreiben. Doch ohne Mut passiert nichts Grosses auf dieser Welt. Hier könnte Grosses entstehen, stimmen Sie zu!»

Mit 103:6 folgte der Grosse Rat ihrem Aufruf und legte damit den Grundstein für die Realisierung der Standortentwicklung Wil West. Der Entscheid untersteht zwar dem fakultativen Referendum. Aufgrund des klaren Abstimmungsergebnisses ist aber nicht anzunehmen, dass es ergriffen wird.

Potenzial für 2000 bis 3000 neue Arbeitsplätze

Die neue Strassenverbindung namens Dreibrunnenallee und die neuen kantonalen Wege bilden zusammen mit den vorgesehenen Gemeindestrassen und -wegen die zentrale Infrastruktur der Standortentwicklung Wil West. Mit dem Projekt soll ein rund 33 Hektaren grosses Areal in den Gemeinden Münchwilen und Sirmach schrittweise zu einem modernen Wirtschaftsstandort mit 2000 bis 3000 Arbeitsplätzen an zentraler Lage ausgebaut werden, um den Thurgau und die Ostschweiz nachhaltig zu stärken. Gleichzeitig sind die neue Kantons-



So könnte die Dreibrunnenallee im Zentrum der Standortentwicklung Wil West einmal aussehen.

Visualisierung: PD

strasse und die Langsamverkehrsverbindungen Teil der Gesamtstrategie zur Entlastung der Stadt Wil und der Gemeinden Münchwilen, Sirmach, Wilen und Rickenbach im Rahmen des Agglomerationsprogramms.

Mehrheitlich dafür, aber es bestehen auch Zweifel

Ausgeprägter Widerstand auf Fraktionsebene kam nur von den Grünen. «Die Zeit für solche Projekte ist längst vorbei», sagte Kantonsrätin Karin Bétrisey (Kesswil). «Wir erwarten, dass das Tiefbauamt den Fokus

wenigstens gleichberechtigt auf die Fuss- und Radwege und nicht vor allem auf Strassen richtet. Wir werden die Entwicklung in Wil West weiterhin genau beobachten.» Einzelne Votanten wie Mitte-Kantonsrat Josef Gemperli (Fischingen) wehrten sich gegen den immensen Verlust von Kulturland. Sie hatten wohl keine Chance in der Abstimmung, ihre Anliegen blieben aber nicht ungehört.

Das zeigte sich darin, dass sich die meisten Fraktionen zwar grossmehrheitlich oder gar einstimmig für diesen Netzbe-

schluss aussprachen, zugleich aber eine mangelnde Auseinandersetzung mit dem Thema kritisierten. Dabei rügte sich das Kantonsparlament gleich selbst: Ein politischer Vorstoss, der eine Grundsatzdebatte zum Projekt Wil West im Grossen Rat forderte, wurde vor einigen Jahren durch Stichentscheid des Ratspräsidenten verworfen.

Robert Meyer (Eschlikon) brachte es als Fraktionssprecher der Grünliberalen kurz und bündig auf den Punkt: «Wir sind einstimmig dafür, wenngleich auch für uns nicht alle Fragen

geklärt sind und noch gewisse Zweifel bestehen.» Auch Christian Koch (SP, Matzingen) sprach vielen aus dem Herzen: «Es muss sichergestellt werden, dass hier qualifizierte Arbeitsplätze und nicht nur Hallen entstehen.»

Mit den Netzbeschlüssen zur Dreibrunnenallee und den Rad- und Gehwegen wurde mit 103:6 über Verkehrswege entschieden, welche die Basis für das Gesamtprojekt bilden. Damit hat der Rat nun den Grundstein für die praktische Realisierung des Generationenprojekts gelegt.

Hilfe für leidende Unternehmen

Coronapandemie Für viele Unternehmen im Thurgau, insbesondere in der Gastronomie- und Eventbranche, sind die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch nicht ausgestanden. Verordnete Einschränkungen führten von Dezember 2021 bis Februar 2022 zu zeitweilig massiven Umsatzeinbußen. Um diese Verluste etwas abzumildern, möchte der Regierungsrat ein zweites Härtefallprogramm mit einem Maximalbetrag von 25,3 Millionen Franken auflegen. Die Maximalkosten für den Kanton könnten sich auf 5,06 Millionen Franken belaufen, den Rest würde der Bund übernehmen.

Die Ansinnen hat aber einen Haken: Der kantonale Beitrag überschreitet die Finanzbegrenzung des Grossen Rates von 3 Millionen Franken. Das bedeutet: Es bedürfte einer Volksabstimmung für die Bereitstellung der Mittel. Diese wäre aber frühestens am 25. September 2022 möglich. Unter dem gegebenen Termindruck erachtete es der Regierungsrat als notwendig und rechtlich vertretbar, erneut den Paragraphen 44 («in grosser Not») der Thurgauer Kantonsverfassung anzurufen.

Der Grosse Rat stimmte dem Antrag mit 114 zu 7 Stimmen klar zu. Gelobt wurde, dass die Gelder diesmal von Anfang an als nicht rückzahlbare Beiträge gesprochen werden. Kritisiert wurde zuweilen die erneute Anwendung von Paragraph 44.

Betroffene Unternehmen können vom 1. bis 30. April 2022 Härtefallbeiträge für die Monate Dezember 2021 sowie Januar und Februar 2022 beantragen. Die zur Bemessung notwendigen Dokumente müssen bis spätestens 30. Juni 2022 bei der Härtefallabteilung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eingereicht werden. Detailinformationen zum Härtefallprogramm 2 werden spätestens am 1. April 2022 publiziert unter: www.awa.tg.ch/haertefall. (hs)

Contact-Tracing wird eingestellt

Thurgau Mit dem Ende der Isolationspflicht nach einer Covid-19-Infektion wird ab 1. April 2022 auch das Contact-Tracing im Thurgau beendet. Das schreibt der Kanton in einer Mitteilung. Erhalten bleibe die automatische Information an positiv getestete Personen. «Eingehende Anrufe und E-Mails werden an die kantonale Covid-Hotline umgeleitet. Diese ist weiterhin telefonisch unter Nummer 058 345 34 40 und per E-Mail unter hotline@tg.ch erreichbar, jeweils von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr.»

Ab April fällt auch die Maskenpflicht im ÖV. Im Thurgauer Gesundheitswesen werde jedoch ein Obligatorium zum Tragen einer Maske aufrechterhalten, sagte Gesundheitsdirektor Urs Martin an der Sitzung des Grossen Rates. Ausserdem bereite man sich vor, um im Herbst gewisse Massnahmen wieder hochfahren zu können. (sme)

Weiter mit der «Festbankpolitik»

Der Grosse Rat lehnt einen eigenen Parlamentssaal deutlich ab. Er will den Bürgern Bescheidenheit signalisieren, statt sich selber eine moderne Infrastruktur zuzugestehen.

Silvan Meile

Ein Argument hatte Ueli Fisch satt. «Glauben Sie wirklich, die Allgemeinheit interessiere es, dass wir an zwei Standorten tagen?», fragte der GLP-Kantonsrat in die Runde. Mehrfach strichen Redner das schweizweite Alleinstellungsmerkmal des Thurgaus hervor, weil hier der Parlamentsitz im Halbjahresrhythmus zwischen den Ratssälen Frauenfeld und Weinfelden pendelt. Fisch beantwortete seine Frage gleich selber: «Die meisten Thurgauerinnen und Thurgauer wissen es gar nicht.»

Der Grosse Rat hatte am Mittwoch eine Motion in eigener Sache zu behandeln. Turi Schallenberg (SP, Bürglen) verlangte zusammen mit Ueli Fisch (GLP, Otterberg), Hermann Lei (SVP, Frauenfeld) und der mittlerwei-

le zurückgetretenen Gina Rüttschi (GP, Frauenfeld), dass der Regierungsrat die Grundlagen ausarbeitet, um dem Kantonsparlament einen eigenen Saal zu ermöglichen.

«Die Bürger wollen wissen, wer wie abgestimmt hat»

Nach zwei Jahren in der geräumigen Riegerholzhalle tagten die Kantonsrätinnen und Kantonsräte erstmals wieder Schulter an Schulter im Frauenfelder Ratssaal, wo sich die Stimmzähler durch die in festbankbestuhlten Sitzreihen quetschen mussten. «Jetzt verstehen Sie mein Anliegen eventuell besser», sagt Schallenberg. «Ein Modernisierungsschritt täte uns gut, weg von der Festbankpolitik.» Schallenberg dachte etwa an ein elektronisches Abstimmungssystem. «Die Bürger, die

ich kenne, wollen wissen, wer wie abgestimmt hat. Das Pendeln des Rats ist ihnen egal.»

Doch obwohl es seine Motion zum besten Zeitpunkt auf die Traktandenliste schaffte, die Mehrheit des Rates folgte der Empfehlung des Regierungsrates, alles beim Alten zu belassen. Dieser strich hervor, dass ein neuer Parlamentssaal mehrere Millionen Franken kosten würde. Die Thurgauer Bevölkerung wünsche aber keine «Paläste». Einstimmig auf diesem Regierungskurs war die Mitte/EVP-Fraktion. «Wir werden als bescheidenes Parlament geschätzt», sagte Simon Wolfer (Mitte, Weinfelden). Zumindest für einen Teil der GP-Fraktion wäre gemäss Isabelle Vonlanthen (Balterswil) ein eigener Ratssaal eine Option. «Er muss ja nicht auf der grünen Wiese ge-

baut werden.» Auch von der SP kamen positive Signale.

Die rechte Ratshälfte schob dem eigenen Ratssaal aber einen Riegel. «Für 20 Sitzungen im Jahr ist das totaler Irrsinn», sagte Michèle Strähl (FDP, Weinfelden) und blendete aus, dass man auch eine Mehrfachnutzung ins Auge fassen könnte. Ein klares Nein kam auch von der SVP und der EDU. Jürg Wieslis (SVP, Dozwil) Worte für eine zeitgemässe Parlamentsinfrastruktur vermochte kaum Parteikollegen zu überzeugen. Zaghaft äusserte schliesslich auch Regierungsrätin Cornelia Komposch, dass eine gewisse Professionalisierung angezeigt sei. Mit 85 Nein- zu 34 Ja-Stimmen wurde die Motion aber bachab geschickt. Vorerst bleibt beim Thurgauer Grossen Rat alles beim Alten, seit 1831.

Gsaat isch gsaat

«Wenn Christina Pagnoncini bei einer Abstimmung aufsteht, schießt sie den Egon Scherrer fast ab.»

Ueli Fisch (GLP) verdeutlicht die engen Platzverhältnisse im Frauenfelder Rathaus.

«Zum Glück stehen die beiden selten gleichzeitig auf.»

Immerhin bietet der politische Graben zwischen der GLP-Frau und dem SVP-Mann ein gewisser Schutz. Nochmals Ueli Fisch.

«Dieses Risiko gehe ich ein.»

Isabelle Vonlanthen (Grüne) befürwortet ein digitales Abstimmungssystem und wirft ihre neue Funktion als Stimmzählerin sogleich in die Waagschale.

«Einmal mehr liegt es an mir, den Bad Guy zu spielen. Das mache ich gerne.»

Hermann Lei (SVP) wehrt sich vergeblich dagegen, dass der Regierungsrat auch für das zweite Härtefallprogramm den Notparagraphen 44 der Kantonsverfassung anrufen kann.